



Mainz, 8. Dezember 2017

Liebe Infobrief-Abonnenten,

vergangenen Dienstag war der „**Internationale Tag des Ehrenamtes**“, der bürgerschaftliches Engagement würdigt. Er wurde 1985 von der UN beschlossen. Ob beim THW, karitativen Einrichtungen, im Tierschutz oder im Heimatmuseum – etwa jeder dritte Deutsche engagiert sich ehrenamtlich, **bundesweit sind das über 23 Millionen Menschen**. Ehrenamt, das bedeutet in der Regel viel Amt und wenig Ehre, und doch setzen sich so viele Personen neben ihren privaten und beruflichen Verpflichtungen noch für das Gemeinwohl und den Zusammenhalt in unserem Land ein – das ist prima, **für diesen Einsatz ganz herzlichen Dank**. Denn klar ist: Ehrenamtler sind das Rückgrat unseres Landes, ohne ihr Engagement wäre kein Staat zu machen. Deshalb wollen wir als Union eine hauptamtliche Unterstützung und die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle. Auf allen Ebenen wollen wir das Ehrenamt stärken und Hemmnisse aller Art abbauen.

### **Bürgerversicherung**

Wie Sie sicher mitbekommen haben, wird zur Zeit das Thema Bürgerversicherung diskutiert. Wir als CDU sprechen wir uns ganz klar **gegen einen solchen Systemwechsel** aus. Dieser würde nicht nur **allen Versicherten schaden**, sondern auch **tausende Arbeitsplätze kosten**. Zudem **gefährdet** die Abschaffung der Privaten Krankenversicherungen **die Existenz zahlreicher Landarztpraxen**. Denn es ist doch gerade die Mischkalkulation, durch die Leistungen für gesetzlich Versicherte mitfinanziert und Praxen in der Fläche gehalten werden. Auch fördern die privaten Kassen Innovationen sowie den Einsatz neuer Therapien und Diagnosen in nicht unerheblichem Maß, diese Förderung würde wegfallen.

Ebenso ist davon auszugehen, dass **Leistungen der gesetzlichen Kassen eher und schneller rationiert** werden, wenn es die Privatversicherungen als Alternative nicht mehr gibt. Zumal die gesetzlichen Versicherer bei Einführung einer Bürgerversicherung untereinander ebenfalls nicht mehr im Wettbewerb stehen. **Ergebnis wäre eine Grundversorgung auf vergleichsweise niedrigem Niveau**. Durch die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze von

heute 52.200 auf z.B. 76.200 Euro, wie es weite Teile der SPD fordern, würde die GKV für Millionen Angestellte und Selbstständige überdies **drastisch teurer**. Nicht umsonst laufen viele relevanten Berufsverbände und Gruppierungen gegen die Pläne der SPD Sturm.

Neben vielen weiteren offenen Fragen und Argumenten, die gegen eine Zwangseinheitsversicherung sprechen, sind wir als CDU überzeugt, dass es doch gerade ein solches System wäre, das **eine Zwei-Klassen-Medizin etabliert**. Die, die es sich leisten können, werden sich teure Zusatzversicherungen nehmen, von denen sie aber ausschließlich persönlich profitieren. Die Zeiten, in denen die entsprechenden Kosten in eine Mischkalkulation fließen, die letztlich allen zugutekommt, wären vorbei. Die von den Befürwortern proklamierte, eigentliche Idee einer Bürgerversicherung, ist spätestens damit ad absurdum geführt. Kurzum, mit uns als CDU wird es das nicht gehen.

Anbei finden Sie ein Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das noch weitere Punkte nennt, die gegen die Einführung einer Bürgerversicherung sprechen.

### **Änderungen beim Kommunalen Finanzausgleich nicht ausreichend**

Unsere **Kommunen in Rheinland-Pfalz werden von der Landesregierung finanziell seit langem im Stich gelassen und chronisch unterfinanziert**. Der kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung 2017 kommt in diesem Zusammenhang zu folgendem vernichtenden Urteil: „Unter den bundesweit Top Ten der Kommunen mit den höchsten Kassenkrediten finden sich sechs aus Rheinland-Pfalz. Im Unterschied zu anderen Ländern sind die Kommunen in Rheinland-Pfalz im Grunde flächendeckend betroffen.“

Nun hatte die Landesregierung Abhilfe versprochen und Änderungen beim Kommunalen Finanzausgleich angekündigt, der seinerzeit vom Gericht für verfassungswidrig erklärt wurde. Das Ergebnis aber ist enttäuschend. Wirklich neu sind nur die für 2019 in Aussicht gestellten **zusätzlichen 60 Millionen Euro**, wobei abzuwarten bleibt, ob es sich hier wirklich um ‚frisches Geld‘ handelt. Ungeachtet dessen ist die Summe an sich aber lediglich ein **Tropfen auf den heißen Stein** und bleibt weit hinter dem Notwendigen zurück. Das zeigen schon einige wenige Kennzahlen:

- bei 53 Prozent der Kommunen (1.325) fehlten insgesamt 524 Mio. Euro zum Ausgleich der Kasse.
- die Gesamtverschuldung der Kernhaushalte beträgt Ende 2016 12,5 Mrd. Euro (2015: 12,3).
- die Pro-Kopf-Verschuldung ist mit 3.142 Euro fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt der anderen Flächenländer.

Eine ausgewogene und nachhaltige Finanzierung der Kommunen erfordert eine **Neuausgestaltung des Landesfinanzausgleichsgesetzes**. Wir brauchen Maßnahmen, die eine Verbesserung der Haushaltslage für alle Kommunen bewirken. Dabei reicht es eben

gerade nicht aus, beim Kommunalen Finanzausgleich horizontale Verschiebungen zwischen den einzelnen kommunalen Ebenen vorzunehmen. Insbesondere muss für eine dauerhafte Entschuldung und Finanzierung mehr Landesgeld ins System. Das gilt auch für einen **Kommunalen Entschuldungsfonds**. Denn die am Kommunalen Entschuldungsfonds teilnehmenden überschuldeten Kommunen haben den Konsolidierungsspielraum zur Erbringung ihres Eigenanteils in aller Regel jetzt schon ausgereizt.

Kurzum, die Landesregierung muss endlich anerkennen, dass die **Aufgaben der Kommunen drastisch zugenommen** haben. Den daraus resultierenden finanziellen Mehraufwand können sie nicht aus eigener Kraft kompensieren. Hier muss das Land helfen. Zudem ist nicht akzeptabel, dass die Kommunen erst in Vorleistung treten und dann über viele Monate auf ihr Geld warten müssen. Auch hier muss die Landesregierung ihren Verpflichtungen endlich nachkommen.

### **Sanierung des Idar-Obersteins Polizeigebäudes verzögert sich weiter**

„Und täglich grüßt das Murmeltier“ – dieser Satz viel mir spontan ein, als ich von den **neuerlichen Verzögerungen** bei der Sanierung des Dienstgebäudes der Polizeiinspektion Idar-Oberstein hörte, das laut Landesregierung nunmehr **erst „Mitte 2019“ fertiggestellt** sein soll – die **Baukosten steigen** parallel dazu auf **6,9 Millionen Euro**. Ursprünglich geplant war die Fertigstellung für Ende 2014, die Kosten sollten ursprünglich bei 1,5 Millionen Euro liegen.

Realität ist, dass die Kosten explodieren, der Fertigstellungstermin wird immer wieder verschoben wird und selbst die Veröffentlichung des neuen Zeitplans für die Sanierung mit einer Verspätung mehrerer Monate erfolgte. Man muss sich das vor Augen führen: Wenn zum jetzt neu genannten Termin alles fertig sein sollte, sprechen wir von einer **Bauzeit von über fünf Jahren**, das ist eigentlich nicht mehr zu vermitteln!

Erneut habe ich daher zu den Vorgängen eine **Kleine Anfrage** an die Landesregierung gestellt. Sie finden den gesamten Text im Anhang des Infobriefs. Wissen will ich unter anderem, ob das neue Fertigstellungsdatum bereits eine nach Beendigung der Bauarbeiten vorgeschriebene Schadstoffmessung innerhalb des Gebäudes berücksichtigt, die etwa weitere drei Monate Zeit in Anspruch nehmen wird. Gefragt habe ich zudem nach den Mehrkosten, die seit Auszug der Polizeiinspektion entstanden sind und bis zum Ende der Bauarbeiten noch anfallen werden. Denn die Ausweichgebäude seinerzeit in Birkenfeld und jetzt in Idar-Oberstein mussten entsprechend ausgestattet und hergerichtet werden, monatlich fällt Miete an, weitere Kosten kommen hinzu. Ich will mir diesbezüglich einen genauen Überblick verschaffen, denn **allein die Angabe der Baukosten ergibt kein komplettes Bild über die Belastungen für den Steuerzahler**.

### **Besuch aus dem Wahlkreis in Mainz**

30 interessierte **Bürgerinnen und Bürger aus Spabrücken** haben mich in der vergangenen Woche in Mainz besucht. Ich hatte sie eingeladen, den rheinland-pfälzischen Landtag zu besichtigen und **Einblicke in den politischen Betrieb** zu erlangen. Nach der Plenarsaalbesichtigung trafen wir uns zu einem längeren Gespräch im Abgeordnetengebäude und ich berichtete von meiner Arbeit im Landtag und von der Regierungsbildung in Berlin. Aber natürlich wurden auch Anliegen aus der VG Rüdesheim und der Ortsgemeinde Spabrücken angesprochen und diskutiert. Vor allem das **Thema Leben in den Dörfern** beschäftigte die Gruppe. Die Schulen müssen im Ort bleiben, die Straßen ausgebaut, für den Arzt gesorgt und Pflege wohnortnah ausgebaut werden. Sonst bleiben die alten Menschen alleine zurück, weil die Jungen dorthin ziehen, wo sie schnelles Internet haben und flott zur Arbeit kommen.

Zurzeit werbe ich im Land für eine Kommission, die die aktuelle Situation in den Kreisen beleuchtet und für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land passgenaue Zukunftsinitiativen entwickelt.

### **Plenarinitiativen**

In der kommenden Woche findet das **Dezember-Plenum** statt. Unsere CDU-Fraktion bringt dann u.a. Anträge zu zwei großen Themenkomplexen ein: **Landwirtschaft** und **Gesundheit**

So befassen wir uns mit der so genannten **Stoffstrombilanz**. Dabei geht es darum, die **Nährstoffflüsse** in landwirtschaftlichen Betrieben **transparent** und **überprüfbar** abzubilden, aber auch für die Landwirte unbürokratisch praktikabel zu machen.

Unseren zweiten Schwerpunkt bildet die **Ärzteversorgung**. Wir haben dazu eine **Große Anfrage** an die Landesregierung gerichtet, die wir im Landtag diskutieren werden.

In der **Themenübersicht zum Plenarpressegespräch** im Anhang finden Sie tiefer gehende Informationen zu unseren Initiativen.

### **Bürgersprechstunde verschoben**

Die ursprünglich am Montag, den 11. Dezember, geplante **Sprechstunde in Bad Kreuznach** muss leider wegen einer kurzfristig einberufenen CDU-Klausurtagung in Berlin **verschoben** werden. **Neuer Termin ist Dienstag, 19. Dezember**. Ab **10.30 Uhr** bin ich dann in meinem Wahlkreisbüro, Freiherr-vom-Stein-Straße 16, zu spreche. Wegen der großen Nachfrage bitte ich um vorherige Anmeldung unter der Telefonnummer 06 71 – 92 06 50 92 oder per Mail an [julia.kloeckner.1@cdu.landtag.rlp.de](mailto:julia.kloeckner.1@cdu.landtag.rlp.de) .

### **Im TV**

Zu Beginn der Woche war ich in der Sendung „**Klamroths Konter**“ zu Gast. Mit Louis Klamroth, einem 27-jährigen Moderator sprach ich über meine Heimat, die

Regierungsbildung und meine Art, Politik zu machen. Schauen Sie gerne einmal rein:  
<http://bit.ly/2AzXvyq>

**Termine:**

**Zusatzkonzert DonnaWetter und mannOmann im Kurhaus Bad Kreuznach**

Wegen des großen Zuspruches und Andrangs für das erste gemeinsame Konzert der Chöre DonnaWetter und mannOmann, waren die Karten dafür in kürzester Zeit ausverkauft. So haben sich beide Chöre für ein Zusatzkonzert entschieden. Dadurch haben noch mehr Menschen die Möglichkeit, ein gemeinsames Konzert der beiden Gruppen zu hören. Das **Benefizkonzert** findet am **22. Dezember 2017 ab 20 Uhr** (Einlass: 19 Uhr) im Kurhaus in Bad Kreuznach statt. Karten gibt es im Büro beim Förderverein Lützelsoon und der Soonwaldstiftung unter 06752/913850, sowie beim Wochenspiegel in Bad Kreuznach. Weitere Information finden Sie auf dem Plakat im Anhang.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und einen gesegneten zweiten Advent!  
Ihre Julia Klöckner

---

Wenn Sie diesen Infobrief in Zukunft nicht mehr unaufgefordert erhalten wollen, geben Sie mir bitte einfach per E-Mail Bescheid. Für den Fall, dass Sie die anhängenden Dateien nicht öffnen können, schicken Sie mir bitte eine kurze Nachricht, und ich werde Ihnen den Text in anderer Form erneut zukommen lassen.

Weitere Informationen, speziell zur Politik der Union in Rheinland-Pfalz, finden Sie auf den Internet-Seiten des Landesverbands der CDU in Rheinland-Pfalz unter [www.cdurlp.de](http://www.cdurlp.de). Dort können Sie sich auch für den Newsletter der CDU Rheinland-Pfalz anmelden.

---

Julia Klöckner, MdL – Freiherr-vom-Stein-Straße 16 – 55543 Bad Kreuznach - Tel: 06 71/92 06 50 92 - [www.julia-klueckner.de](http://www.julia-klueckner.de)

---